



Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Online Newsletter Soziale Lage und Gesundheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie die **21. Ausgabe** des Newsletters „Soziale Lage und Gesundheit“ der Niedersächsischen Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit. Dieser Newsletter erscheint in loser Reihenfolge mit Informationen zu Veranstaltungen, Studien, Projekten, Berichten und weiteren Publikationen.

Falls Sie auf eigene Veranstaltungen, Medien oder ähnliches aufmerksam machen möchten, können Sie uns gerne Informationen zukommen lassen.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte unter sandra.exner@gesundheit-nds.de und ebenso, falls Sie nicht im Verteiler sind und gerne aufgenommen werden möchten.

Ihre Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit
Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. (LVG & AFS)

Aus der LVG & AFS

Jahrestagung 2017 der LVG & AFS: Wird mehr Gesundheit ermöglicht? Umsetzungen und Herausforderungen des Präventionsgesetzes in Niedersachsen

13. Juni 2017, Hannover

Die Jahrestagung der LVG & AFS bietet die Gelegenheit, eine vorläufige Bilanz zur Umsetzung des Präventionsgesetzes zu ziehen. Dabei werden die Rahmenbedingungen genauso analysiert wie der Stand der Umsetzung in Niedersachsen. Bestehende Aktivitäten, Weiterentwicklungsbedarfe und Perspektiven zur Umsetzung des Präventionsgesetzes in den verschiedenen Lebenswelten stehen im Mittelpunkt der Tagung.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Programm „Präventionsketten in Niedersachsen“: Gesund aufwachsen für alle Kinder. Die acht Kommunen der ersten Förderphase sind gestartet

Acht niedersächsische Kommunen sind bereits in der ersten Förderphase des Programms „Präventionsketten in Niedersachsen: Gesund aufwachsen für alle Kinder!“ gestartet. Sie alle verbindet das Ziel, eine integrierte kommunale Strategie, kurz: „Präventionskette“, auf- bzw. auszubauen. In der ersten Kohorte sind die beiden kreisfreien Städte Delmenhorst und Wilhelmshaven, die Landkreise Göttingen, Oldenburg und Osnabrück sowie die Region Hannover mit den drei Kommunen Barsinghausen, Garbsen und Seelze vertreten. Ihnen werden in den kommenden Jahren weitere drei Kohorten mit insgesamt bis 30 weiteren niedersächsischen Kommunen folgen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Auftakt zur zweiten Förderphase am 17. Mai 2017 und Start für neue Bewerbungen

Die Dokumentation der Auftaktveranstaltung vom 17. Mai 2017, die reges Interesse unter den kommunalen Vertreter*innen Niedersachsens fand, ist in Kürze [hier](#) abzurufen. Die Möglichkeit sich für die zweite Förderphase vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2020 zu bewerben, besteht vom 1. Mai bis zum 21. August 2017. Die Unterlagen sind online von der Projektseite (unter Aktuelles) abzurufen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Niedersächsischer Gesundheitspreis 2017

Bereits zum siebten Mal wird der Niedersächsische Gesundheitspreis von den Niedersächsischen Ministerien für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, der AOK Niedersachsen, der Apothekerkammer Niedersachsen sowie der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen ausgeschrieben. In diesem Jahr werden Beispiele guter Praxis ausgezeichnet, die auf folgende Fragestellungen Antworten finden: Wie lässt sich die Gesundheitsversorgung von Menschen in prekären Lebensverhältnissen bedürfnisgerecht und koordiniert gestalten? Wie kann die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure in der Hospiz- und Palliativversorgung gestärkt werden? Welche mobilen Verfahren und Maßnahmen können die Gesundheitsversorgung unterstützen? Bewerbungen können bis zum 28. Juli 2017 eingereicht werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus Niedersachsen

Gemeinsame Stelle der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) im Rahmen des Präventionsgesetzes gestartet

Die gesetzlichen Krankenkassen in Niedersachsen fördern gemeinsam Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention für vulnerable Zielgruppen in nichtbetrieblichen Lebenswelten nach § 20a SGB V. Informationen zu Fördervoraussetzungen, Antragsverfahren sind jetzt online.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Niedersächsische Landesbeauftragte will die Potentiale von Menschen mit Behinderungen für Unternehmen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt herausstellen

Anlässlich des europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai 2017, fordert die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen - Petra Wontorra - Unternehmen insbesondere auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf, die großen Potentiale von Menschen mit Behinderungen für den Arbeitsmarkt wahrzunehmen und zu nutzen. „Noch immer sind weniger Menschen mit anerkannten Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt, als die festgelegte Quote es verlangt.“ Stattdessen zahlen manche Unternehmen Ausgleichsabgaben. Wontorra erklärt: „Menschen mit Behinderungen sind immer noch nachweisbar häufiger und länger arbeitslos.“ Dabei sei ihre Motivation groß, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu arbeiten - wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert. Für die Unternehmen gibt es zahlreiche Unterstützungssysteme, wie Lohnkostenzuschüsse z. B. im Rahmen des Budgets für Arbeit und Übernahme der Kosten bei notwendigen Anpassungen der Arbeitsplätze.

[\[Weiterlesen...\]](#)

1. Mai Aktion für Regelsatz-Erhöhung 560 Euro. Gruppe "Gnadenlos Gerecht" mit Unterstützung der Landesarmutskonferenz

Die Gruppe „Gnadenlos Gerecht“ fordert anlässlich des 1. Mai 2017, dem Tag der Arbeit, eine Erhöhung des Hartz IV Regelsatzes von 409 auf 560 Euro. Aus diesem Anlass bilden Mitglieder der Gruppe um 11 Uhr auf dem Festplatz vor dem Rathaus in Hannover eine Menschenkette. Dabei tragen alle Glieder der Kette ein T-Shirt mit der Aufschrift „560“. Mit diesem öffentlichen Bild soll auch die Frage gestellt werden: Wie geht unsere Gesellschaft mit denen um, die keine Arbeit haben? Die Regelsätze für Hartz werden willkürlich und unsachgemäß berechnet und decken bei weitem nicht das soziokulturelle Existenzminimum. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände und Betroffeneninitiativen

fördern eine substantielle Erhöhung der Regelsätze. Die Gruppe „Gnadenlos Gerecht“ schließt sich der Forderung aus dem Gutachten der Diakonie von 2016 an, das in seinen Berechnungen von einer angemessenen Erhöhung auf 560 Euro ausgeht.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Termine

Vom Arbeiterkind zum Firmenboss - unmöglich?! Über die Ungerechtigkeiten im deutschen Bildungssystem

6. Juni 2017, Hannover (Terminsache)

[\[Weiterlesen...\]](#)

Unsere Kinder stark machen - Wie kann Politik die negativen Folgen von Armut für Kinder verringern?

7. Juni 2017, Bremen

[\[Weiterlesen...\]](#)

HSBN-Fachtag - Vorstellung des aktuellen Berichts zur Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen (HSBN)

19. Juni 2017, Hannover

[\[Weiterlesen...\]](#)

Selbst bestimmt. Selbst gemacht - Jugendcamp für Engagement und Empowerment

24.-28. Juli 2017, Weimar

[\[Weiterlesen...\]](#)

EU-Migranten und Geflüchtete: Migration in Wohnungslosenhilfe. Handlungsansätze und Positionierungsbedarfe

22.-23. Juli 2017, Weimar

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus der EU

Europe's increasingly unequal health outcomes

In vielen Teilen Europas nimmt der Unterschied beim Gesundheitszustand zwischen sozioökonomischen Gruppen vermehrt zu. Ebenfalls entsteht eine immer größer werdende Kluft zwischen den Mitgliedstaaten. Die steigenden Ungleichheiten wirken sich auf die Gesellschaft aber auch auf die Wirtschaft zum Beispiel durch hohe Gesundheits- und Sozialpflegekosten aus. Durch die Federführung von EuroHealthNet haben im Januar 2017 30 Organisationen einen Aufruf zum Handeln gegen gesundheitliche Ungleichheiten erlassen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Income inequalities and employment patterns in Europe before and after the Great Recession

Der Bericht von Eurofound befasst sich mit den steigenden Bedenken hinsichtlich der Einkommensungleichheiten in akademischen und politischen Diskussionen. Der Bericht bildet eine umfassende Untersuchung der Einkommensungleichheiten (Einkommensdaten für 2004-2013) ab. Die Ergebnisse zeigen, dass die EU-weite Einkommensungleichheit vor dem Jahr 2008 deutlich zurückgegangen ist, angetrieben durch einen starken Prozess der Einkommenskonvergenz zwischen den europäischen Ländern -, aber die Große Rezession brach diesen Trend und drückte die Ungleichheiten sowohl für die EU als auch in den meisten Länder weiter nach oben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Resilience among vulnerable households in Europe

Das Papier stellt die Ergebnisse des Projektes RESCuE, einer vertieft angelegten qualitativen Studie in 250 vulnerablen Haushalten in neun europäischen Ländern vor dem Hintergrund der europaweiten Krise seit 2008, vor. Nach der Verfeinerung des Resilienzkonzeptes und der Entwicklung eines analytischen Rahmens stehen Befunde im Fokus: Erstens: Nutzen und Übertragbarkeit des Konzeptes in Armuts- und Sozialpolitikforschung. Zweitens konnte in den wenigen anzutreffenden resilienten Haushalten ein weites Spektrum von gegenseitig substituierbaren Praktiken identifiziert werden, mittels denen ein Lebensunterhalt aus gemischten Quellen erwirtschaftet wird. Direkte Transfereinkommen spielen, zumindest für manche Typen resilienter Haushalte, dabei eine vergleichsweise geringe Rolle. Dies wird drittens unter anderem ausgeglichen durch die hohe Bedeutung und Nutzung von Kollektiv- und Gemeingütern. Hinzu kommen Kulturmuster und Netzwerkbeziehungen, die es den Betroffenen erlauben, mit ihrer Lage besser zurechtzukommen als andere. Für die Sozialpolitik bedeutsam ist die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung oder Schaffung eines leistungsfähigen Wohlfahrtsstaates, denn Resilienz von Niedrigeinkommenshaushalten ist oft genug instabil und vulnerabel.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Aus der Politik

Junge Menschen und ihre Familien stärken

Der Deutsche Bundestag hat sich in erster Lesung mit dem Entwurf des Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen befasst. Das Gesetz sieht mehr Beteiligung, besseren Schutz und ein effektiveres Zusammenwirken der für das Wohlergehen von Kindern zuständigen Systeme und Akteur*innen vor.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Das Bundesteilhabegesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung umsetzen: Chancen nutzen - Risiken begrenzen!

Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung haben als Interessenvertreter von Menschen mit Behinderung und Leistungserbringern das Gesetzgebungsverfahren zum Bundesteilhabegesetz (BTHG) engagiert begleitet und an vielen Stellen fundierte Vorschläge zur Verbesserung gemacht. In intensiver Zusammenarbeit haben die Fachverbände gemeinsame Positionen entwickelt und sind Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen (z. B. mit dem Deutschen Behindertenrat, der Freien Wohlfahrtspflege, der Bundesbehindertenbeauftragten und dem DGB) eingegangen. Die Fachverbände wurden von ihren Mitgliedern nachhaltig unterstützt, um sicherzustellen, dass die Teilhabe verbessert und drohende, für Menschen mit Behinderung schädliche Regelungen verhindert werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit passiert den Bundesrat

Das Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit (Gesetz zur Förderung von Transparenz von Entgeltstrukturen) hat im zweiten Durchgang den Deutschen Bundesrat passiert. Das Gesetz tritt voraussichtlich zum 1. Juli 2017 in Kraft. Zur Förderung der Transparenz schafft das Gesetz eine klare Rechtsgrundlage für das Entgeltgleichheitsgebot und enthält folgende Bausteine:

1. Individueller Auskunftsanspruch: Arbeitgeber mit mehr als 200 Beschäftigten müssen diesen zukünftig auf Anfrage erläutern, nach welchen Kriterien sie wie bezahlt werden.
2. Betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit: Private Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten werden aufgefordert, regelmäßig ihre Entgeltstrukturen auf die Einhaltung der Entgeltgleichheit zu überprüfen.

3. Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit: Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten, die lageberichtspflichtig sind, müssen zudem künftig regelmäßig über Stand der Gleichstellung und der Entgeltgleichheit berichten.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Wahlprüfsteine des SoVD zur Bundestagswahl

Am 24. September 2017 sind Wahlen zum 19. Deutschen Bundestag. In der letzten Ausgabe stellte „SoVD – Soziales im Blick“ die Kernforderungen des Verbandes an die Politik vor. Auf dieser Grundlage erstellte der SoVD zur Vorbereitung auf die Wahl auch seine Wahlprüfsteine zu zentralen Themen der Sozialpolitik. Denn der SoVD vertritt seit 100 Jahren die Interessen der gesetzlich Sozialversicherten, Rentner*innen sowie der behinderten, kranken und pflegebedürftigen Menschen in Deutschland. All diesen können die Fragen als Orientierungshilfe dienen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Wahlprüfsteine der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Die Parteien und auch die Lebenshilfe bereiten sich auf die kommende Legislaturperiode vor. Die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien für die kommende Bundestagswahl liegen zum Teil schon vor oder werden aktuell erstellt. Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat Wahlprüfsteine formuliert und sie den Parteivorsitzenden von CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zugeleitet.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Die Umverteiler klären auf: ver.di stellt vor: Steuerpolitische Eckpunkte des DGB zur Bundestagswahl 2017

Unter dem Titel „Gerecht besteuern, in die Zukunft investieren“ hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine steuerpolitischen Eckpunkte zur Bundestagswahl 2017 vorgelegt. Im Fokus stehen die abhängig Beschäftigten: Sie bringen den Großteil der Steuereinnahmen des Staates auf – als Lohn- und Einkommensteuerzahlende sowie als Verbraucher*innen. Zugleich sind sie in besonderem Maße auf öffentliche Leistungen und Infrastruktur sowie auf Sozialleistungen angewiesen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Berichte, Studien und Broschüren

WSI Verteilungsmonitor: III. WSI-Kinderarmutsbericht: Kinderarmut & Flüchtlingskrise

Deutschland hatte in den vergangenen Jahren einen hohen Flüchtlingszustrom zu verzeichnen. 2015 war der Höhepunkt dieser Entwicklung. Gleichzeitig hat die Kinderarmut wieder etwas zugenommen: Sie stieg von 19,0 Prozent im Jahr 2014 auf 19,7 Prozent im Jahr 2015. Die Entwicklung variiert regional jedoch beträchtlich. Vor diesem Hintergrund geht es auf den folgenden Seiten um die Fragen: Welchen Einfluss hat die Flüchtlingskrise auf die Verbreitung von Kinderarmut? Wo leben die armen Kinder?

[\[Weiterlesen...\]](#)

Behinderung darf kein Nachteil sein

„Teilhabe und Selbstbestimmung sind für Menschen mit Behinderung noch längst nicht selbstverständlich. Die Behindertenpolitik in der nächsten Legislaturperiode muss endlich die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung schaffen.“ Das fordert Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Immer noch fehlt es aus Sicht des VdK an umfangreichen Maßnahmen für eine barrierefreie Gesellschaft. „Es ist unverständlich, dass bisherige Gesetzesänderungen noch lange nicht alle Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention erfüllen. Solange etwa die privaten Anbieter von Gütern und Dienstleistungen von der Verpflichtung zur Barrierefreiheit ausgenommen bleiben, sind Menschen mit

Behinderung oder Beeinträchtigungen benachteiligt“, so Mascher. Alle Lebensbereiche müssten so gestaltet werden, dass sie auch von allen Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, genutzt werden können. „Dazu gehören öffentlich zugängliche Gebäude, Wohnungen und medizinische sowie pflegerische Einrichtungen ebenso wie Bahnhöfe und Verkehrsmittel oder Informations- und Kommunikationsmedien“, erklärt die VdK-Präsidentin. Denn Barrierefreiheit komme allen zugute. „Menschen mit Behinderung profitieren davon, aber auch Ältere, Eltern mit Kindern oder Menschen, die zeitweise mobilitätseingeschränkt sind“, so Mascher.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Auch Geflüchtete haben ein Recht auf Familie!

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) appelliert eindringlich an den Gesetzgeber, die Einheit der Familie auch für Geflüchtete sicherzustellen. Mit Blick auf die Sitzung des Bundestages, bei der ein entsprechender Antrag der Oppositionsfraktionen behandelt werden sollte, forderten die Verbände, die Einschränkung des Familiennachzugs für Menschen mit subsidiärem Schutz rückgängig zu machen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Selber schuld? Analyse der AWO zu strukturellen und institutionellen Armutsursachen

Über die Definition von Armut und über Armutssymptome wird viel gesprochen. Aus Sicht der AWO ist es aber mindestens genauso wichtig, die Ursachen - also die Gründe für Armut - zu untersuchen. Das hat die AWO getan und veröffentlicht heute eine umfassende Analyse von institutionellen und strukturellen Armutsursachen mit dem Titel: „Selber schuld? Analyse der AWO von strukturellen und institutionellen Armutsursachen“.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Jugendlandtage in den Bundesländern. Zwischen Dialog, Beteiligung, politischer Bildung und Nachwuchsförderung

Das Deutsche Kinderhilfswerk plädiert für einen Ausbau der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Landesebene. Dazu hat die Kinderrechtsorganisation jetzt die Broschüre „Jugendlandtage in den Bundesländern – Zwischen Dialog, Beteiligung, politischer Bildung und Nachwuchsförderung“ veröffentlicht. Viele Bundesländer verfügen über Dialog- und Beteiligungsformate der Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Landespolitik. Die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit dieser Formate ist allerdings bislang wenig untersucht worden. Dies war für das Deutsche Kinderhilfswerk Anlass, eine Analyse dieses Angebotes an Kinder und Jugendliche in fünf Bundesländern vorzunehmen.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Gefahr der Altersarmut nicht gebannt

„Auch wenn die Grundsicherungszahlen für Rentner leicht gesunken sind, ist die Gefahr der Altersarmut in Deutschland nicht gebannt. Die Zahlen, die das Statistische Bundesamt heute vorgelegt hat, sind weiterhin beunruhigend, eine Trendwende zeigen sie nicht. Dass die Wohngeldreform wirkt, ist zwar positiv, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Rente nicht zum Leben reicht. Dieser anhaltenden Entwicklung muss politisch endlich etwas entgegengesetzt werden.“ So kommentiert Ulrike Mascher, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts: Demnach erhielten im Dezember 2016 insgesamt rund 1.026.000 Personen ab 18 Jahren Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und damit rund 12.000 Personen weniger als ein Jahr zuvor.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Journal of Health Monitoring 2017/1: Gesundheitliche Lage der Bevölkerung in Deutschland

Im ersten Fokus-Artikel wird das System des europäischen Gesundheitsmonitorings mit den zugehörigen Indikatorensystemen vorgestellt. Für einige chronische Erkrankungen werden Vergleiche zwischen Deutschland und der Europäischen Union präsentiert. In fünf Factsheets werden die Daten

für Deutschland detaillierter beschrieben: Die Verbreitung von Bluthochdruck, Diabetes mellitus, Allergien, koronarer Herzkrankheit sowie Schlaganfall in den letzten 12 Monaten. Der zweite Fokus-Artikel gibt Auskunft über die gesundheitliche Situation und Versorgung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Deutschland. Er zeigt auch auf, welche Daten- und Informationsdefizite bislang bestehen und welche Initiativen zur Verbesserung der Datenlage entstanden sind. In der Rubrik „Concepts & Methods“ wird die Diabetes-Surveillance in Deutschland vorgestellt, die derzeit am Robert Koch-Institut aufgebaut wird. Ein weiterer Artikel beschreibt die Methodik der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell“ (GEDA 2014/2015-EHIS), die Datengrundlage für die Factsheets dieser Ausgabe ist. Der zugehörige Fragebogen ist der Journal-Ausgabe als Supplement beigelegt. [\[Weiterlesen...\]](#)

Medien

Altersarmut - Große Koalition spart bei Menschen mit Erwerbsminderung

Etwa jede*r fünfte Neu-Rentner *in in Deutschland bezieht Erwerbsminderungsrente, kann aber aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten. Das Problem: Die Rente ist nicht besonders hoch, viele Menschen fallen unter die Armutsgrenze. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat nun angekündigt, dass sich die Situation der Erwerbsminderungsrentner*innen durch ihre Reform verbessern würde.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Pimp your town

In einem zweitägigen Planspiel bekommen Geflüchtete einen handlungsorientierten Einblick in die Kommunale Selbstverwaltung. Nach einer spielerischen Einführung entwickeln sie eigene Ideen und diskutieren die miteinander. Die Ergebnisse werden dem betreffenden Rat vorgelegt. Letztes Jahr haben wir ein ganz besonderes Projekt gestartet - Next Step: Democracy! Gefördert vom Sozialministerium nahmen in fünf Durchgängen und drei Kommunen jeweils drei Sprachlernklassen an dem Planspiel teil und entwickelten Ideen und Anträge zu den Themen Ankommen in der Schule, Sprache und Gesellschaft sowie Wohnen und Soziales. Herausgekommen sind spannende Anträge, zufriedene Schüler und Kommunalpolitiker. "Das war das erste Mal, dass uns jemand gefragt hat: Was braucht ihr?", sagte uns Mokalad von der Alice-Salomon-Schule.

[\[Weiterlesen...\]](#)

iRefugee

Die App enthält eine Übersetzungsfunktion für 15 Sprachen, die es den User ermöglicht sich ohne Dolmetschende zu registrieren und mit Behörden sowie Ärzten/innen in Kontakt zu treten. Andererseits können Daten in der Landessprache ein- und auf Deutsch ausgegeben werden. Die App beinhaltet zudem eine digitale Gesundheitsakte mit Cloud, was Doppeluntersuchungen zu vermeiden helfen soll.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Refugee Eleven

Refugee Eleven ist eine elfteilige Webvideo-Serie: Junge geflüchtete Amateurfußballer der Mannschaft "Refugee11" begegnen zehn Profifußballern und einer Profifußballerin, die selbst Fluchterfahrungen haben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Preise, Wettbewerbe, Fördermittel, Ausschreibungen

Ideenwettbewerb Verhältnisprävention

Die Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG) sucht für ihren diesjährigen Ideenwettbewerb nach verhältnispräventiven Beispielen für Maßnahmen zur gesunden Gewichtsentwicklung von Kindern. Ziel ist Erfahrungen aus der Praxis einem breiten Publikum bekannt zu machen. Bewerbungen können noch bis zum 14. Juni 2017 eingereicht werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Qualität hat viele Gesichter – Der Deutsche Kita-Preis 2018

2018 verleihen das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) erstmals den Deutschen Kita-Preis mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 130.000 Euro. Teilnehmen kann jede Kindertagesstätte und jedes lokale Bündnis, die gute Qualität kontinuierlich weiterentwickeln. Die Auszeichnung würdigt beispielhaftes Engagement von Kitas und lokalen Bündnissen für frühe Bildung. Bewerbungen können noch bis zum 15. Juli 2017 eingereicht werden.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Start der Aktionswochen "GleichbeRECHTigt leben - unsere Werte, unser Recht"

Zum Start des Landesaktionsprogramms „GleichbeRECHTigt leben - unsere Werte, unser Recht" sagt Niedersachsens Sozial- und Gleichstellungsministerin Cornelia Rundt: „Alle Frauen und Männer - unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder ihrer sexuellen Orientierung - müssen gleichberechtigt bei uns leben können." Das Programm unterstützt Frauen und Männer dabei, sich mit den kulturellen Werten, Rollenverständnissen, Verhaltensweisen und Kommunikationsformen sowohl der Mehrheitsgesellschaft als auch der nach Niedersachsen zugewanderten Menschen vertraut zu machen. Vor Ort umgesetzt wird das Programm von den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Besonderes Augenmerk wird im Aktionsprogramm darauf gelegt, den Gleichstellungsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes ‚Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.' einzuhalten und umzusetzen. Das Land fördert das dreijährige Programm mit jährlich 180.000 EUR.

[\[Weiterlesen...\]](#)

Netzwerkprogramm "Engagierte Stadt" wird fortgesetzt

Das Bundesprogramm "Engagierte Stadt" unterstützt seit 2015 den Aufbau bleibender Engagementlandschaften. Die "Engagierte Stadt" begleitet Menschen und Organisationen vor Ort auf ihrem gemeinsamen Weg zu. Das Netzwerkprogramm fördert keine Projekte, sondern Kooperationen aus Zivilgesellschaft, Politik und Unternehmen. Ziel sind starke lokale Verantwortungsgemeinschaften. Um die begonnene Arbeit zu verstetigen und die Nachhaltigkeit der Netzwerke zu sichern, wird es von 2018 bis 2019 eine zweite Programmphase geben. Ab Mitte Mai 2017 können sich alle 50 bisherigen Standorte für eine Teilnahme an der Verstetigungs- und Transferphase bewerben.

[\[Weiterlesen...\]](#)

IMPRESSUM

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Geschäftsführer: Thomas Altgeld

Fenskeweg 2

30165 Hannover

Tel.: 0511 / 388 11 89 - 0

Fax: 0511 / 350 55 95

E-Mail: info@gesundheit-nds.net

Internet: www.gesundheit-nds.de

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie einfach eine E-Mail über die "Antworten"-Funktion Ihres E-Mailprogrammes zurück mit dem Betreff: Bitte aus dem Verteiler löschen.

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. verpflichtet sich, sorgfältig mit Ihren Daten umzugehen und diese nicht an Dritte weiterzugeben.